Newsletter Nr. 4, November 2016

Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V.

Liebe Netzwerkmitglieder, liebe Interessierte,

dieser Newsletter erscheint nach Wochen vielfältiger Aktivitäten im Bereich der Kultur des Erinnerns in Hannover und der Region. Er kann diese nicht alle abbilden, denn sein Inhalt hängt von der Mitarbeit aller Mitglieder und Interessierten ab.

Die heutige Novemberausgabe erscheint auf den letzten Drücker im November, weil ein kurzer Bericht über unsere MV am 28.11.2016 (am Ende dieses Briefes) enthalten ist. Dieser ersetzt nicht das für die Mitglieder zu erstellende Protokoll, er dient vielmehr dazu, die (Noch)Nichtmitglieder unter den Beziehern dieser Mitteilungen über die wesentlichen Beratungen und Entscheidungen zu informieren.

Ich möchte auf diesem Wege alle Leser_innen ermuntern, sich am Zustandekommen dieses Informationsblattes zu beteiligen und auch die nun eingerichtete website zu nutzen.

Beiträge liegen vor zur:

- Veranstaltung Jüdische DPs nach 1945 vom 6. Okt.,
- Tagung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätte vom 14.-16.10 2016 in Hannover.
- Michael Pechel lieferte einen Diskussionsbeitrag zum „Lernort Erinnerung Demokratie“ – Stellungnahmen sind erwünscht.
- In diesem Kontext weist Herr Leicht auf erinnerungskulturelle Konzeptionen bereits bestehender Projekte bzw. Einrichtungen in Braunschweig, Göttingen sowie Köln (Jahresbericht 2014) und München hin.
- Ein Bericht von M. Pechel zur Eröffnung der Sonderausstellung der Gedenkstätte Ahlem – DEPORTATIONSORT AHLEM »Judentransporte« ab Hannover 1941-1944 findet sich als pdf im Anhang – und auf der website.
- Ich habe mir erlaubt, allen Beiträgen einen link auf die Dankesrede von Carolin Emcke für den Erhalt des Friedenspreises des deutschen Buchhandels vorauszuschicken.

Da der nächste Letter erst in 2017 erscheint, wünsche ich schon jetzt allen Leserinnen und Lesern ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Hannover, 30.11.2016, Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Friedenspreis des deutschen Buchhandels: die Dankesrede von Carolin Emcke

Es mag ungewöhnlich erscheinen, in diesem Newsletter eine Rede/ein Essay zum Umgang der Gesellschaft mit sich selbst zum Lesen zu empfehlen. Doch nicht umsonst haben wir im Vorwort des Netzwerkkalenders 2/2016 betont, wie wichtig es sei, dass die Mehrheitsgesellschaft – oder diejenigen, die sich dazu zählen – sich standhafter und entschlossener den Angriffen auf unsere in langem Ringen erreichte politische und soziale Kultur entgegenzutreten.

Deshalb, für alle die sie verpasst haben, hier der link zur Rede von Carolin Emcke zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels vom 24.10.2016

Dankesrede von Carolin Emcke - friedenspreis - home

www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/1244997/

Jüdische DPs nach 1945

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe der VHS Hannover *„Nach der Befreiung – jüdisches Leben nach 1945 in Hannover“* berichtete am 6. Oktober *Dr. Thomas Rahe*, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung niedersächsischer Gendenkstätten, vom größten Camp für jüdische Displaced Persons (DPs) in den westlichen Besatzungszonen, dem DP-Camp Bergen-Belsen.

Etwa ein Drittel der von den Alliierten aus den Lagern der NS-Herrschaft befreiten jüdischen Gefangenen im westlichen Teil Deutschlands waren in Bergen Belsen untergebracht. 12.000 Menschen, zumeist aus dem östlichen Teil Europas stammend, wurden von der britischen Besatzungsmacht als Organ der UNRRA in ehemaligen Unterkünften der Wehrmacht auf den Truppenübungsplatz Bergen untergebracht und versorgt.

Die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) war im November 1943 gegründet worden, um das Problem der Millionen Verschleppten in Europa und insbesondere im Deutschen Reich nach einem alliierten Sieg in den Griff zu bekommen: Angemessene Versorgung der gepeinigte Menschen und eine rasche Rückführung in die Herkunftsländer standen ganz oben auf der Agenda der UNRRA.

Von den 7 Millionen DPs in den westlichen Besatzungszonen hatten bis zum September 1945 etwa die Hälfte Deutschland verlassen. Für die anderen mussten bis zu ihrer möglichen Ausreise aus Deutschland lebenswerte Verhältnisse hergestellt werden.

Der Vortragende berichtete anschaulich und detailliert, wie die DPs in Bergen-Belsen ihr Leben nach dem Überleben organisierten. Dies stand bis zur Auflösung des Lagers im Jahre 1950 unter der Ungewissheit, wann und wohin man eine Ausreisemöglichkeit finden könnte. Die Aufnahmebereitschaft der westlichen Alliierten hielt sich in engen Grenzen und die britische Palästinapolitik, konkret die britische Ablehnung der Gründung eines jüdischen Staates und damit die Verweigerung und aktive Zurückweisung von jüdischer Einwanderung ins britische Mandatsgebiet zwang die Auswanderungswilligen zum Bleiben. Erst ab 1948 entwickelten sich

reale Möglichkeiten der Ausreise nach Palästina. Auch in ihre Herkunftsländer in Ostmitteleuropa konnten sie angesichts der dortigen politischen Verhältnisse inklusive einem starken Antisemitismus nicht zurück. Im Gegenteil: das Lager wuchs, weil etliche, die einen Wiederanfang etwa in Polen oder der Tschechoslowakei versucht hatten, zurückkehren mussten. Auch Juden, die vor dem deutschen Vernichtungskrieg tief in die Sowjetunion geflohen waren, wichen der stalinschen Judenverfolgung durch Flucht nach Bergen-Belsen aus.

Und so organisierten die Lagerbewohner ihre eigenen Kulturveranstaltungen und betrieben eine Zeitung. Jiddisch war entsprechend der Herkunft der meisten Bewohner die Verkehrssprache. Es wurde geheiratet und gefeiert. Von hier aus wurden Kontakte zu den anderen jüdischen Lagern und auch jüdischen Gemeinden gehalten und Verhandlungen um Ausreisebedingungen geführt. Auch wenn das Lager zum Schutz vor Übergriffen umzäunt und bewacht war, entwickelten sich Handelsbeziehungen mit den umliegenden Dörfern und der Stadt Celle. Dieser von der deutschen Bevölkerung gern genutzt Schwarzmarkt hinderte viele Deutsche allerdings nicht daran, ihre tief verwurzelten Ressentiments und Vorurteile gegenüber den „Schieberjuden“ bestätigt zu sehen.

Nach diesem interessanten Vortrag und einer nachfragenden Debatte ist es evident, dass Forschungen zu jüdischen DPs in Niedersachsen, die außerhalb des Camps lebten, intensiviert werden sollten, ohne die Schicksale der anderen DPs aus dem Auge zu verlieren.

PS

Bericht über die Tagung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätte vom 14.-16.10 2016 in Hannover unter dem Titel

„Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1939-1945“

Ein dicht getaktetes Programm hatten die Mitarbeiter_innen der SNG um Silke Petry, Rolf Keller und Arnold Jürgens auch diesmal in ihre Jahrestagung gepackt. Über 70 Teilnehmer_innen beteiligten sich an diesem intensiven Arbeits- und Lernwochenende.

Zwei Themenkomplexe standen dabei im Zentrum: Die Behandlung Kriegsgefangener (Kgf) unterschiedlicher Nationen durch die Wehrmacht und deutsche Behörden sowie ihre Beziehungen zur deutschen Zivilbevölkerung und die Reflektion und Darstellung der Erinnerungskultur zum Schicksal von Kriegsgefangenen und ihrer Geschichte seit 1945.

Rüdiger Overmans, Freiburg, leitete die Veranstaltung mit einer Überblicksdarstellung zur Lage und Behandlung von Kriegsgefangenen der verschiedenen Nationen durch die Wehrmacht ein. Seine im Titel des Vortrags *„Rassismus oder politisches Kalkül? Die Behandlung der verschiedenen Kriegsgefangenennationen und -religionen durch das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg“* formulierte Alternative beantwortete er eindeutig: Nicht rassistische Ideologie habe das Handeln gegenüber den Kriegsgefangenen bestimmt, sondern zwei politische Kalküle: Zum einen das für die Kriegsgefangenenpolitik Hitlers entscheidende

Prinzip der Reziprozität, also die Behandlung der Kriegsgefangenen nach den Regeln der Genfer Konventionen, um einen ebensolchen Umgang der Alliierten mit den deutschen Kriegsgefangenen erwarten zu können. Allerdings, so Overmans, habe dies nicht für die sowjetischen Kriegsgefangenen gegolten, weil Hitler, die von der SU gefangenen Wehrmachtssoldaten sowieso abgeschrieben hätte. Dass von den etwa 5 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen mehr als 3 Millionen während ihrer „Gewahrsamsnahme" umkamen, wäre der miserablen, ihren Tod kalkulierenden Versorgung geschuldet. Erst mit dem Einsatz der sowjetischen Kgfs zur Arbeit wegen fehlender Arbeitskräfte im Reich, sei das Massensterben gemildert worden. Der Referent hob als zweites Momentum des NS-Handelns hervor, dass Erfahrungen des Ersten Weltkriegs für Hitler bestimmend gewesen seien: damalige deutsche Bündnispartner wurden besser behandelt als Kombattanten des Krieges.

Literatur: Rüdiger Overmans: Rotarmisten in deutscher Hand : Dokumente zu Gefangenschaft, Repatriierung und Rehabilitierung sowjetischer Soldaten des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 2012;

ders. : Die Kriegsgefangenenpolitik des Deutschen Reiches 1939-1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Bd. 9/2 hg. v. Jörg Echternkamp i. A. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, München 2005, S. 729-875.

Der sich anschließende Vortrag von *Andreas Ehresmann* von der Gedenkstätte Sandbostel *„Der Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen. Organisation und Praxis am Beispiel des Stalag X B Sandbostel"* konzentrierte sich auf die „Verwaltung" der Kriegsgefangenen im Wehrkreis 10, der von der deutsch-dänischen Grenze bis ins heutige südwestliche Niedersachsen reichte. Parallele, sich zuarbeitende zivile (Arbeitsämter) und militärische (Wehrkreiskommando) Stellen organisierten Unterbringung, Verpflegung und vor allem den Arbeitseinsatz. Dieser erfolgte z.B. vom Stammlager Sandbostel, das zum Verteilungslager für den Arbeitseinsatz wurde, aus in insgesamt 1.200 Arbeitskommandos außerhalb des Lagers. Im Jahr 1942 gab es über 800 Arbeitskommandos gleichzeitig im ganzen Wehrkreis. Eingesetzt waren die Kgf in der Landwirtschaft, in Fabriken und kleinen Firmen. Sie gehörten zum Alltagsleben der Deutschen dazu.

Literatur: Andreas Ehresmann: Das Stalag X B Sandbostel : Geschichte und Nachgeschichte eines Kriegsgefangenenlagers : Katalog der Dauerausstellung, München 2015

Zwei Vorträge am Samstagvormittag illustrierten und vertieften aus unterschiedlichen Blickwinkeln den Umgang mit Kriegsgefangenen, die in der NS-Volksgemeinschaft zum Alltagsbild geworden waren. *Jens Nagel* von der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain befasste sich, gestützt auf die Forschungen von Gabriele Hammermann – wie er betonte –, mit der Beziehung zwischen *„Wehrmacht, Zivilisten und Gefangenen in der deutschen Kriegsgesellschaft"*. Dabei hob er hervor, dass die Behandlung der arbeitenden Kgfs vor Ort, also in der Landwirtschaft, der Industrie oder dem Handwerk von den Interessen der

Unternehmen geleitet waren, so dass sich bezüglich der Behandlung ein differenziertes Bild ergeben würde. Manche Orte, er nannte die Beispiel Döbeln und Mittweida, seien voll (Anteil von 22%) von ausländischen Arbeitern gewesen.

Vgl. https://www.stsg.de/cms/zeithain/geschichte/wehrmacht_und_kriegsgefangene

So konnte es nicht unterbleiben, dass sich zwischenmenschliche Kontakte, die restriktiven Regeln unterworfen waren, entwickelten. Gestützt auf Sondergerichtsakten zum verbotenen Umgang (VU) aus dem Raum Halle schilderte *Paul Kannmann*, Magdeburg, den *„Verbotenen Umgang – Beziehungen zwischen Kriegsgefangenen und deutschen Frauen im östlichen Teil des Wehrkrieses XI“*. Die Akten insbesondere zur Verfolgung von Frauen, die mit Kgfs Beziehungen hatten, strotzten von Obszönitäten, in denen sich die Details erfragenden Richter ergingen. Der staatliche Verfolgungseifer, zumeist angestoßen durch Denunziationen eifersüchtiger Volksgenossen, nahm im Kriegsverlauf zu. Wenn schon bei diesem eher zufälligen Quellenfund 500 Verfahren wegen schwerer VU-Fälle rekonstruiert werden können, lässt sich das Ausmaß dieser Art von „Fraternisierung“ erahnen.

In Ergänzung und, so schien es jedenfalls dem Berichterstatter, korrigierender Kritik an dem Vortrag von Overmans, befasste sich *Reinhard Otto*, Lemgo, mit der *„Zusammenarbeit von Wehrmacht, Gestapo und SS“.* 30.000 Tote hätten die „Aussonderungsmaßnahmen*“* von Kgfs durch die Zusammenarbeit von OKW und RSHA bis 1942 gekostet. Sonderten die Dienststellen der Wehrmacht in drei Stufen der Überprüfung (1. Bei der Gefangennahme, 2. im Stalag, 3. In den Arbeitskommandos) „verdächtige“ Kgfs aus, wurden diese „entlassen“ und damit den Einsatzkommandos ausgeliefert oder in KZs überstellt. Entflohene und wieder gefasste Kgfs wurden als „verschwunden“ in den Akten der Wehrmacht aufgeführt, um dann in KZ-Lagerlisten, etwa in Mauthausen, dem Tode geweiht wieder aufzutauchen. Es waren zumeist sowjetische Kriegsgefangene, die dieser „Aussonderung“ unterzogen wurden. Britische und amerikanische Kgfs wurden von dieser Behandlung verschont.

Literatur: Reinhard Otto: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München, 1998.

Zu allen Beiträgen gab es interessierte Nachfragen und mal mehr oder mal weniger kritische Kommentare. Das eng gestrickte Vortragsprogramm ließ eine Debatte nicht aufkommen.

Eindrucksvoll eingerahmt wurden die Vorträge durch den Film des Autors und Regisseurs Andreas Christoph Schmidt: Schatten des Krieges (II): Das vergessene Verbrechen. Der Berichterstatter zitiert aus: René Martens/MK, 24.06.2016; *www.medienkorrespondenz.de/.../artem-demenok-schatten-des-kriegesnbspi-das-sowj...*24.06.2016

Der Film „hat zwei Schwerpunkte. Andreas Christoph Schmidt beschreibt hier die grauenvollen Verhältnisse und das Ausmaß der Verbrechen in deutschen Kriegsgefangenenlagern – etwa im Lager Wietzendorf in Niedersachsen, in dem es anfangs nicht einmal Gebäude gab, weshalb

die Häftlinge in Erdhöhlen schlafen mussten, oder in Masjukowtschina bei Minsk, wo 80.000 Sowjetbürger zu Tode kamen. Außerdem rückt Schmidt das Bild in den Blick, das die Deutschen sich vom Krieg gegen die Sowjetunion machten. Er zeigt Ausschnitte aus ‚Wochenschau'-Ausgaben, in denen ‚gefangene Bolschewisten' verhöhnt werden, und greift zurück auf Fotos, die deutsche Täter gemacht haben, unter ihnen ein Wachmann im sächsischen Strafgefangenenlager Zeithain.

Mehrfach lässt Schmidt Sprecherin Franziska Arnold solche ‚Erinnerungsfotos' protokollarisch-kühl beschreiben. Der Autor gibt dem Zuschauer Zeit, die Bilder der ‚deutschen Fotoamateure' bzw. ‚Hobbyfilmer mit Ambitionen' auf sich wirken zu lassen. Einige Aufnahmen sind schockierend – darunter eine von einem Toten, dem Mitgefangene, von ihrem Hunger in den Wahnsinn getrieben, die Leber herausgerissen hatten. ‚Warum macht einer solche Aufnahmen?', fragt Schmidt. Jedenfalls nicht, wie sein Film ‚Das vergessene Verbrechen' deutlich macht, um auf die unerträgliche Umstände in den Lagern aufmerksam zu machen. Sondern um die Gefangenen als Monster darzustellen.

Warum Andreas Christoph Schmidt so ausführlich die privaten Aufnahmen zeigt, wird deutlich, als er sein Fazit zieht. Vom Holocaust, sagt er, unterscheide sich der Mord an den drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen unter anderem dadurch, dass in letzterem Fall die Täter ‚ihre Verbrechen dokumentiert haben, als wären sie sich keiner Schuld bewusst'."

Sowjetische Kriegsgefangene in Marschkolonne, unbek. Ort und Datum, Archiv der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain https://www.stsg.de/cms/zeithain/geschichte/wehrmacht_und_kriegsgefangene

PS

Der zweite Teil der Tagung bestand aus einer Exkursion nach Fallingbostel/ Oerbke

Nach einer Einführung durch Silke Petry von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten führte eine Exkursion per Bus nach Bad Fallingbostel/Oerbke.

1941 hatte die Wehrmacht dort auf einer riesigen unbebauten **Freifläche** neben dem Stalag XIB ein Lager ausschließlich für die Unterbringung von Kriegsgefangenen der Roten Armee errichtet. Die Gefangenen mussten den Winter 1941/42 in selbst errichteten Behelfsunterkünften aus einfachen Erdhöhlen und Verschlägen aus Holzresten verbringen. Es

gibt gegenwärtig Bestrebungen, die aus zeitgenössischen Fotos bekannte riesige Freifläche als Bodendenkmal auszuweisen. Am nördlichen Rand liegt ein **Friedhof**, auf dem ca. 30.000 bis 40.000 Verstorbene ruhen. Er ist heute als denkmalgeschützter Ort angelegt.

Im Verwaltungsgebäude des Gemeindefreien Bezirks Osterheide in Oerbke ist eine Ausstellung mit Artefakten aus den Kriegsgefangenenlagern eingerichtet, die durch den Bezirksvorsteher Andreas Ege erläutert wurde.

Von den Anlagen des ehemaligen Lagers ist lediglich das heute denkmalgeschützte *Entlausungsgebäude* (Oerbke) weitgehend erhalten geblieben.

Die freiwillige Feuerwehr des gemeindefreien Bezirks hatte das Gebäude für diesen Tag mit Sitzgelegenheiten ausgestattet. Kurzvorträge von lokalen Initiativen und Überlegungen zum Umgang mit den baulichen Relikten bildeten hier den Abschluss der halbtägigen Exkursion.

Horst Dralle

Die Vorträge am Sonntagvormittag

standen ganz im Zeichen der Bildungsarbeit. Das Thema Kriegsgefangene bietet hier viele Ansatzpunkte, die allerdings bisher – verglichen mit anderen Themen wie Konzentrationslager oder Zwangsarbeit – noch wenig genutzt werden.

Janine Doerry aus Hannover berichtete sehr eindrucksvoll und anschaulich von der pädagogischen Arbeit mit Zeichnungen eines französisch-jüdischen Kriegsgefangenen. Die Zeichnungen schildern das Alltagsleben im Lager Fallingbostel und richteten sich an die Kinder des Häftlings, die in einem benachbarten Lager untergebracht waren.

Anja Schade aus Hannover stellte ein Bildungsangebot zu Kriegsgefangenen vor, das im Rahmen des Projektes „Entrechtung als Erfahrung“ der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten zwischen 2008 – 2015 entstand. Eine wichtige Rolle spielen dabei Definition und völkerrechtlichen Grundlagen, die Kindern und Jugendlichen weitgehend unbekannt sind. Auch Simone Rose, die neue Bildungsreferentin beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Bezirksverband Hannover, greift das Thema Kriegsgefangene in ihrer Arbeit auf.

Zum Abschluss der Tagung wurden einzelne Initiativen und Projekt in Niedersachsen vorgestellt. Nach den Erfahrungen früherer Tagungen war von den Veranstaltern für diesen Punkt etwas mehr Zeit eingeplant worden. Hans-Jürgen Sonnenberg aus Nienburg berichtete vom aus bürgerschaftlichem Engagement heraus entwickelten Aufbau einer Gedenkstätte

zum Friedhof des Kriegsgefangenenlagers Rohrsen in der Samtgemeinde Heemsen. Der Historiker Rainer Driever stellte sein 2013 – 2015 mit dem Stadtarchiv Göttingen durchgeführtes Projekt zum Aufbau einer Website „Widerstand in Göttingen“ vor. In das Portal werden auch weitere Städte in Südniedersachsen wie Northeim, Einbeck und Hann. Münden einbezogen. Die sehr umfangreiche und informative Website ist erreichbar über die Homepage des Stadtarchivs Göttingen unter „Aktuelles“.

Anne-Katrin Race (auch Fotos)

Lernort „Erinnerung und Demokratie“: Hilfe bei der Standortsuche

Die lokale „Neue Presse“ berichtete am 19.11.2016 über die Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Standort für den zentralen „Lernort Erinnerung und Demokratie“ der Landeshauptstadt Hannover. Die Politik dränge die Verwaltung. „2016 sollte eigentlich ein Ort gefunden sein, damit 2017 die Umsetzung erfolgt“, sagte Belgin Zaman (SPD). Bereits im September 2015 war dem Protokoll einer Sitzung des Kulturausschusses zu entnehmen: „Nutzbare Bestandsgebäude im Eigentum der Stadt in geeigneter Lage konnten nicht ermittelt werden. Die Stadt recherchiert weiter nach möglichen Standorten, idealerweise mit passender früherer Nutzungshistorie, die sich mittelfristig in innenstädtischer Lage für die vorgelegte Konzeption eignen.“

Was sind die Entscheidungskriterien?

„Der Ort muss historisch passen, finanzierbar sein, in der Stadtmitte liegen und darf nicht in Konkurrenz zur Gedenkstätte Ahlem stehen“, so Kulturdezernent Harald Härke in der Sitzung des Kulturausschusses vom 18.11.2016

Es gibt diesen Ort. Er liegt gegenüber dem Historischen Museum und in unmittelbarer Nähe der Volkshochschule in der Altstadt und befindet sich in öffentlichem Eigentum. Es handelt sich um die Liegenschaft Burgstraße 23, das freistehende Eckgebäude Burgstraße/Ballhofplatz. Das Haus ist in Landeseigentum und wird im Erdgeschoss von einem Lokal und in den weiteren Stockwerken vom Niedersächsischen Staatstheater Hannover genutzt. Eine Stadttafel weist es als das historische „Spittahaus“ nach dem Komponisten geistlicher Lieder Carl Johann Philipp Spitta (1801-1859) aus.

Das Gebäude stand seit seinem Bau im Jahre 1669 bis zur Altstadtsanierung der Jahre 1936-1939 auf dem Eckgrundstück Ballhofstraße/Burgstraße. Mit den Abrissen zur Öffnung des Ballhofplatzes wurde es um 90 Grad gedreht an der Burgstraße neu aufgerichtet. Dabei wurde das wiederverwendete Fachwerk des Altbaus mit zeittypischen Stilelementen der NS-Architektur ergänzt. (Verkleidung des Erdgeschosses mit Travertin, Bauplastik mit Runen und Blätterschmuck, einschlägiges Motto über dem Haupteingang). Das Haus ist nach seiner Fertigstellung bis Kriegsende als Heim des Bundes deutscher Mädchen BDM in der Hitler-

Jugend HJ genutzt worden. Den Krieg überstand es im Gegensatz zur benachbarten Altstadtbebauung gut, abgesehen von Dachschäden durch Druckwellen von Bomben.

Zeitgenössische Postkarte, undatiert. Am Platzende der Saalbau des Ballhof, rechts im Vordergrund das Heim der Hitler-Jugend. Mit frdl. Wiedergabegenehmigung von Postkartenarchiv W. Bornemann
www.postkarten-archiv.de

Hiermit wird vorgeschlagen, das Gebäude auf seine Tauglichkeit als Standort des zentralen „Lernort Erinnerung und Demokratie“ zu überprüfen.

Begründung:

1. Der Standort weist einen unmittelbaren Bezug zum Nationalsozialismus auf und erfüllt damit den Wunsch einer „idealerweise passende(n) Übereinstimmung mit der früheren Nutzungshistorie“ (vgl. Protokoll des Kulturausschusses s.o.). Denn ein erhebliches Verständnisproblem besteht nach wie vor in der Frage, wie ein reaktionäres und menschenfeindliches System wie der Nationalsozialismus in hohem Maße Loyalität und Begeisterung generieren konnte. Dies war nur möglich durch einen Gestus von Aufbruch, Modernität, Jugendlichkeit, Gemeinschaft und „Anpacken“. Diese Erkenntnis von erfolgreicher Mobilisierung ist für die Präventionsarbeit als einer zukunftsorientierten Auseinandersetzung mit der NS-Zeit unverzichtbar: Denn Diktaturen funktionieren nicht ausschließlich mittels Zwang und Terror. An der Stirnseite des Hauses verläuft die Inschrift: *„Wir Jungen haben die Aufgabe neue Wege zu suchen und zu bahnen und den Mut sie zu gehen*“. An dieser Aussage ist zu verdeutlichen, dass die vorgeblich „neuen Wege“ wenige Jahre später zu Einbahnstraßen an die Fronten wurden. In den 1930-er Jahren diente der neue Ballhofplatz als Bühne von HJ und BDM, in den 1940-er Jahren als Ort von Rekrutenvereidigungen. Daher eignet sich gerade dieser Standort dafür, das Spannungsfeld von „Selbstmobilisierung und Anpassungsdruck“ (Konzeption Erinnerungskultur) auszuleuchten.

Der neue Ballhofplatz als Bühne der Hitler-Jugend, 1939. Fotograf Wilhelm Hauschild. HAZ-Hauschild-
Archiv im Historischen Museum Hannover

2. Die vorliegenden Konzepte der Verwaltung und des wissenschaftlichen Beirats zur Gedenk- und Erinnerungskultur der Stadt Hannover betonen die Wichtigkeit eines topografischen Zugangs nach dem "Prinzip Lokalität": "Was in der (in meiner) Nähe stattfindet, interessiert und motiviert stärker als das Ereignis in weiter Ferne“ (Konzeption Erinnerungskultur). Das Ballhofviertel bietet sich wie kein zweiter Stadtraum Hannovers für diesen Zugang an. In der unmittelbaren Umgebung des Standorts befinden sich:
• das Geburtshaus Herschel Grünspans am Ort des heutigen Historischen Museums,
• der Ort des Wohnhauses, in dem der spätere Deutsche Boxmeister Johann „Rukeli“ Trollmann in einer Sinti-Familie aufwuchs,
• der Saal des ehemaligen „Rusthauses“ am Ort der heutigen Volkshochschule, in dem im Oktober 1938 fast 500 Juden polnischer Staatsangehörigkeit vor ihrer Abschiebung nach Polen gesammelt wurden – das Vorspiel zur Pogromacht,
• der Saal des „Konzerthauses am Hohen Ufer“ (heute Standort des Üstra-Hauses am Hohen Ufer), von dem in der Pogromnacht des 9./10. November 1938 hunderte SS-Männer zur Neuen Synagoge in der Calenberger Neustadt aufbrachen,
• das Ensemble des Ballhofplatzes als Ergebnis der Altstadtsanierung und Lehrstück der nationalsozialistischen Sozialpolitik: Vorgeblich „minderwertige“ Anwohner wurden zugunsten „wertvoller Volksgenossen“ umgesetzt, der „Altstadtsumpf trockengelegt“.

3. Der Standort ist zentral wie kein zweiter und in unmittelbarer Nähe des Historischen Museums Hannover und der Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule Hannover gelegen. Abgesehen von kurzen Wegen für die Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtungen sind vielfältige Synergieeffekte und Kooperationen dieser benachbarten städtischen Bildungseinrichtungen möglich.

4. Der Standort ist in seiner Größe geeignet. Er verfügt über drei Geschosse und ein Dachgeschoss, die zusammen die geforderte Bruttofläche von 1000 m² ergeben können.

5. Der Standort ist in öffentlicher Hand. Eigentümer ist das Land Niedersachsen. Nutzer sind ein Gastronom im Erdgeschoss und das Staatsschauspiel für die weiteren Stockwerke. Die Räume der oberen Geschosse dienen (nach meinen Informationen) zur Lagerung von Probebühnen und als Büros der Pressestelle des Festivals Theaterformen. Das Gebäude ist äußerlich in schlechtem Zustand und erscheint als sanierungsbedürftig. Seine Fenster mit Einfachverglasungen gehen vermutlich auf den Originalbau des Jahres 1938 zurück. Die Außenfassade ist insgesamt originalgetreu erhalten – wenn von der kürzlich angebrachten, störenden Außenwerbung des Lokals im Erdgeschoss abgesehen wird.

Ehem. Heim der Hitler-Jugend Burgstraße/Ballhofplatz, im Hintergrund der Ballhof.
Foto Wikimedia Commons Axel Hindemith

Nachsatz:

Die Standortwahl für den Lernort „Erinnerung und Demokratie“ sollte nicht danach getroffen werden, welche städtische Immobilie/welcher städtische Bürotrakt zufällig leer steht, oder welche Angebote von Maklerseite gerade vorliegen. Es darf nicht um eine Notlösung für die Unterbringung dieses wichtigen Lernorts gehen. Im Sinne der besten und nachhaltigen Entscheidung spricht viel für das historische Gebäude am Ballhofplatz. Es wird allerdings eines ebenso nachhaltigen Einsatzes bedürfen, dessen Besitzer – das Land Niedersachsen – davon zu überzeugen. Umstimmen könnte ihn eventuell der Hinweis auf Sanierungskosten des denkmalgeschützten Hauses, die unausweichlich auf ihn zukommen.

Michael Pechel, im November 2016
Link zum Ballhofplatz auf dem Stadtrundgang zu Orten der Verfolgung und des Widerstands 1933-1945 in Hannover http://zukunft-heisst-erinnern.de

---

Kurzbericht zur MV vom 28.11. 2016

Da diese gut besuchte Mitgliederversammlung – das Bildungswerk ver.di stellte uns dankenswerter Weise den Raum in den ver.di-Höfen zur Verfügung – den im Statut festgelegten Charakter einer Jahreshauptversammlung trug, musste der Vorstand nach

Vorlage und Beratung des Finanzprüfungsberichts der Revisorin und des Revisor entlastet werden. Dies geschah einstimmig bei Enthaltung der Vorstandsmitglieder. Im Bericht des Vorstands – im Laufe der Sitzung vertieft durch Beiträge zu einzelnen TOPs – hob der Vereinsvorsitzenden Dr. Horst Meyer folgende Projekte und Maßnahmen hervor:

Die Mitgliederzahl hat sich leicht erhöht, etliche Interessierte sind in die Arbeits- und Kommunikationskanäle des Vereins einbezogen.

Die Haushaltslage ist entspannt, alle Projektfinanzierungen sind gedeckt.

Für den digitalen Stadtrundgang sind Förderanträge zur Finanzierung einer Übersetzung ins Englische auf den Weg gebracht.

Die Tagung des Vereins am 23./24. Sept., über die ausführlich im Newsletter berichtet wurde, wurde als Erfolg gewertet. Etliche Interessierte im Umfeld des Netzwerks nahmen teil und lobten deren Niveau. Tagungen dieses Charakters werden auf der jährlichen Agenda des Vereins stehen. Für den Spätherbst wird 2017 wird die nächste Tagung geplant. Themenvorschläge sind willkommen; ab Februar 2017 wird dann die konkrete Vorbereitung in Angriff genommen.

Die neu gegründete AG „Displaced Persons“ – Vorstandsmitglied Anne-Katrin Race berichtete – hat mit Energie ihre Arbeit aufgenommen. Über deren Fortschritte wird in Zukunft im Newsletter informiert. Die Treffen der AG sind natürlich für alle Interessierten offen. Das nächste findet am **Mo. 23. Jan. 2017, 16.30 U**hr im neuen Büro in der Bödekerstr. 90 statt.

Dass die website nun endlich im Netz steht, ist für jeden ersichtlich. Die Nutzer_innen sind aufgefordert, Änderungs- /Verbesserungsvorschläge einzubringen. Allgemein stieß die site bei ihrer Vorstellung durch das Vorstandsmitglied Tom Seibert auf positive Resonanz. Er betonte, ihre weitere Gestaltung und inhaltliche Füllung sei ein fortlaufender Prozess, zu dem jede/jeder einen Beitrag leisten könne.

Weiter zentrales Thema des Vereins und der Arbeit des Vorstands wird, betonte Horst Meyer, das politische Ringen um Ort und Gestaltung des „Lern und Dokumentationszentrums“ sein und bleiben. Dabei wird der Vorschlag des Vereins, ein neues geräumiges Gebäude neben dem Neuen Rathaus zu errichten, Priorität einnehmen. Denn die Anmietung eines geeigneten Objekts – so es denn gefunden werden könnten – würde mittelfristig finanziell keineswegs günstiger kommen. Horst Meyer betonte, dass bei einem überzeugenden räumlichen und inhaltlichen Konzept durchaus Mitfinanziers aus der Wirtschaft gewonnen werden könnte. Zudem sei es gut vorstellbar und mache Sinn, andere Einrichtungen der politischen Bildung und Erinnerungskultur, wie etwa die neue Landeszentrale für politische Bildung, in das zu erstellende Gebäude zu integrieren.

Eingeleitet wurde die MV durch einen **Bericht des AK KZ-Limmer** über deren gegenwärtige Projekte. Matthias Waselowsky nannte dabei drei Schwerpunkte: Im Jahr 2017 wird ein zweibändiges Buch zum Frauen-KZ Limmer erscheinen. Am 9. April 2017 lädt der Arbeitskreis zu einem Tag des Erinnerns und Begegnens ein, in dessen Zentrum ein Konzert mit Liedern der damaligen Gefangen stehen wird.

Ausführlich berichtete er über die beeindruckende Arbeit der vergangenen Jahre, im Zuge des Baus der „Wasserstadt Limmer“ einen **Erinnerungsort an das KZ Limmer** entstehen zu lassen. Archäologische Grabungen (s. das Bild in der Kopfzeile unserer website) hatten wenige Reste des Konzentrationslagers freigelegt. Im Bebauungsplan des Wasserstadt-Komplexes ist ein Gelände, für das der AK Gestaltungsentwürfe zeigte, fest verankert. Die endgültige Gestaltung wird in Abstimmung mit (ansässigen und neuen) Anwohnern, Landschaftsgestaltern, der Stadt und dem Arbeitskreis entwickelt werden.

Der Arbeitskreis http://www.kz-limmer.de/ und der Verein Netzwerk werden kontinuierlich über den weiteren Verlauf dieses wegweisenden Projekts berichten.

PS